



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direkt

Neue Erkenntnisse der Wirtschaftswissenschaften schwappen zwar erst zeitverzögert auf die Politik und die Gesellschaft über. Früher oder später kommen sie aber dort an, sofern die Umstände günstig liegen. Es sollte also nur mehr eine Frage der Zeit sein, bis der Diskurs über Steuergerechtigkeit und Chancengleichheit neu entflammt.

Der französische Ökonom Thomas Piketty ist so etwas wie der neue Rockstar unter den Wirtschaftswissenschaftlern. In seinem Buch *Das Kapital im 21. Jahrhundert* beschäftigt er sich mit der Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung, langfristig und weltweit. Für besonderes Aufsehen sorgte seine Aussage, dass ein unkontrollierter Kapitalismus quasi automatisch zu einer sich immer weiter öffnenden Schere bei Einkommen und Vermögen führt. Piketty bezweifelt, dass eine



Marktwirtschaft langfristig ihr Versprechen einlöst, Einkommen und Vermögen nach dem Leistungsprinzip zu verteilen. Dies ist dann der Fall, wenn es den Einzelnen nicht mehr möglich ist, durch eigene Anstrengungen im Verlaufe ihres Lebens ein Einkommen zu erwirtschaften, das nur annähernd so hoch ist wie die Renditen, die ererbte Vermögen abwerfen. Piketty's Schlussfolgerung: Nicht Anstrengung und Leistungsfähigkeit entscheiden darüber, wer zu Geld kommt, sondern ein Glücksspiel namens Geburt. Der Franzose

Die Sache mit der Schere

*Einkommen und Vermögen sind in unserer Gesellschaft immer ungleicher verteilt. Der Ökonom **Thomas Piketty** weist diesen Umstand nicht nur nach, sondern sieht im **Kapitalismus** selbst die Ursache hierfür. In Österreich hat eine politische Debatte eingesetzt. Und in Südtirol?*

hält es für notwendig, dass der Staat eingreift, indem er vor allem durch die Besteuerung höherer Einkommen und Vermögen die ansonsten zunehmende Konzentration der Vermögen und den damit einhergehenden Machtzuwachs der Vermögenden verhindert. Konkret fordert er Spitzensteuersätze von 80 Prozent für die Top 1 Prozent der Einkommensbezieher. Des Weiteren, die Einführung einer progressiven Vermögenssteuer von 1 Prozent für Nettovermögen über 1 Millionen Euro – angehoben auf 2 Prozent für Vermögen über 5 Millionen Euro. Genau in diese Richtung bewegt sich in Österreich die Regierung Faymann bei der geplanten Steuerreform. Nach dem Leitmotiv

„Wohlstand gerecht verteilen“ will man Arbeit entlasten, den Steuerbetrug bekämpfen und von Banken und Millionären einen gerechten Beitrag einfordern. Um die Steuern auf Arbeitseinkommen weiter reduzieren zu können, will die Regierung eine Millionärssteuer (Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer) einführen. Bei einem Freibetrag von einer Million Euro wäre ungefähr ein Prozent der Österreicher (80.000) davon betroffen.

Etwas Zeit sollte unsere Lokalpolitik noch haben, um sich auf eine Debatte einzustellen, die angesichts der auch in Südtirol wahrgenommenen zunehmenden Ungleichgewichte noch kommen dürfte.